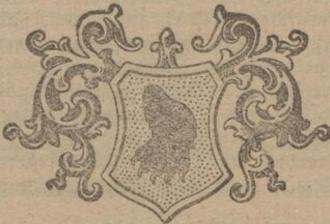


Pulsnitzer Wochenblatt

Fernspr. Nr. 18. Tel.-Adr. Wochenblatt Pulsnitz Bezirksanzeiger

und Zeitung Postcheck-Konto Leipzig 241 27. Gem.-Giro-K. 146

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten hat der Bezirker keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 7.50 bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 7.—, monatlich M 2.35, durch die Post abgeholt M 7.50.



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Die sechsmal gespaltene Zeile (Motte's Zeilenmesser 14) 100 Pfg., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 85 Pfg. im Amtsgerichtsbezirk 70 Pfg. Amtliche Zeile M 3.—, 2.50 und 2.10. Restame M 2.—. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitraubender und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz, des Kommunalverbandes und Finanzamts Ramenz, der Ministerien und der Gemeindeämter des Bezirks.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Bollung, Großschörsdorf, Pretznitz, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Ehiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Rügtenberg, Klein- = Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr).

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 17.

Dienstag, den 8. Februar 1921.

73. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Auf Blatt 5 des hiesigen Genossenschaftsregisters, den Darlehens- und Sparkassenverein Oberlichtenau, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung betreffend, ist heute eingetragen worden:

Friedrich Julius Schäfer ist insolge Todes ausgeschieden.

Der Postagent Max Müge in Oberlichtenau ist Mitglied des Vorstandes.

Amtsgericht Pulsnitz, am 7. Februar 1921.

Maßnahmen gegen Wohnungsmangel.

Auf die Landesverordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 6. Januar 1921 für das Gebiet aller Gemeinden im Freistaat Sachsen, welche am 1. Februar 1921 in Kraft getreten ist, wird hiermit hingewiesen.

Diese Verordnung ist abgedruckt in Nr. 6 der Sächsischen Staatszeitung vom 9. Januar 1921 und im Sächsischen Gesetzblatt 1. Stück vom Jahre 1921, Seite 4 und fig., und kann im Rathaus eingesehen werden.

Pulsnitz, am 8. Februar 1921.

Der Rat der Stadt.

Wohnungsamt.

Die allgemeine Preissteigerung hat eine abermalige Erhöhung der Verpflegskosten für die im hiesigen Stadt-Krankenhaus untergebrachten Kranken vom 1. 1. 1921 ab erforderlich gemacht, sodass die Verpflegskosten sich wie folgt berechnen:

- 12.— M für selbstzahlende in Pulsnitz wohnhafte Kranke und Mitglieder einer Pulsnitzer Krankenkasse;
- 12.— M für Mitglieder auswärtiger Krankenkassen;
- 15.— M für selbstzahlende, außerhalb Pulsnitz wohnhafte Kranke;
- 20.— M für in Pulsnitz wohnhafte Kranke, welche ein besonderes Zimmer für sich beanspruchen;
- 23.— M für auswärtige Kranke, welche ein besonderes Zimmer für sich beanspruchen;
- 12.— M für Kranke, welche auf Kosten eines Armenverbandes im Krankenhaus untergebracht werden.

Pulsnitz, am 7. Februar 1921.

Der Rat der Stadt.

Das Wichtigste.

Der Reichstag wird vom 23. Februar bis zum 18. März noch Sitzungen abhalten. Bis zum 6. April werden dann Osterferien sein.

Die Reichsregierung schlägt in einer Denkschrift an die Reparationskommission vor, daß Deutschland ab 1. Februar 1,8 Millionen Tonnen Kohlen liefern werde.

Die Konferenz zwischen der Reichsregierung und den Ministerpräsidenten der Länder führte zu dem Ergebnis, daß die Vertreter der Länder sich mit dem von der Reichsregierung dargelegten Standpunkt einverstanden erklärt haben.

Gestern morgen sind auf dem Nordbahnhof von Paris vier deutsche Waggons, enthaltend 24 Tonnen Goldmark eingetroffen. Sie wurden nach der Bank von Frankreich gebracht, wo sie auf Rechnung der Wiedergutmachungskommission deponiert worden sind.

Die kändige Tariffkommission beim Reichsverkehrsministerium hat eine Vorlage beschlossen, derzufolge eine Erhöhung der Gütertarife um 60 bis 90 Prozent eintreten soll. Man rechnet mit einer Mehreinnahme von 9 Milliarden Mark.

Die Montenegriener stehen auf. Aus Bari verlautet, daß in Anitvari und Podgoritza ein blutiger Aufstand der Montenegriener gegen die Serben ausgebrochen ist. Genaue Berichte stehen jedoch noch aus.

Krieg in Bessarabien? Aus Budapest wird gemeldet: Die Budapestener Blätter berichten aus Temesvar, daß die dortigen Spitaler mit verwundeten rumänischen Soldaten überfüllt sind. Täglich treffen Züge mit Verwundeten ein, die in Bessarabien bei Zusammenstößen mit den Bolschewisten verwundet worden sind.

Briand richtete durch die „Chicago-Tribüne“ an das amerikanische Volk einen Aufruf zur Unterstützung Frankreichs in der Reparationsfrage.

In Bremen ist der Dampfer mit den ersten Milchflühen aus Amerika eingetroffen. An Bord befinden sich 735 Kühe.

Der in Tokio von der Oppositionspartei eingebrachte Gesetzentwurf über das allgemeine Stimmrecht ist vorgestern vom Reichstag mit 249 gegen 137 Stimmen abgelehnt worden.

Die Bohemia berichtet aus Neutitschein über eine Massenkundgebung deutscher Bauern gegen die militärischen Requisitionen im deutschen Gebiet. An der Kundgebung hätten ungefähr 10 000 Bauern teilgenommen.

Einer Zeitungsforenspondenz zufolge stehen heute früh in Feldzorf (Bez. Wien) an der Südbahn zwei Züge zusammen. Es gab 5 Tote und 16 Schwerverletzte.

Das preussische Staatsministerium hat die Auflösung der Schlesischen Landwirtschaftskammer wegen der monarchischen Kundgebungen auf ihrer letzten Tagung beschlossen.

Der Reichsarbeitsminister hat sich für die baldige Aufhebung der die Freizügigkeit einschränkenden Bestimmungen der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen erklärt.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat das amerikanische Schatzamt angewiesen, den alliierten Mächten keine weiteren Vorläufe auf ihren noch offenen Kredit zu gewähren, bis das amerikanische Regierung über die Frage der fremden Anleihen in Amerika eine neue Entscheidung getroffen habe.

In der gesamten Herrenkonfektion Deutschlands droht ein Streit wegen Lohndifferenzen auszubrechen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben durch eine vor 2 Tagen erfolgte Urabstimmung beschlossen, am 7. und 8. Februar in sämtlichen Industriezweigen der Herrenkonfektion die Arbeit einzustellen.

Eine vernichtende Kritik an den Pariser Beschlüssen.

Der durch seine Kritik am Versailler Friedensvertrag bekannte englische Volkswirtschaftler John Maynard Keynes hat im „Manchester Guardian“ die Pariser Beschlüsse kritisch beleuchtet. Bei dieser Kritik muß nicht nur das vernichtende Zahlenmaterial der Welt die Augen darüber öffnen, was in Paris für unmögliche Beschlüsse gefaßt worden sind, sondern Keynes wirft den Staatsmännern der Verbandsmächte auch direkt vor, daß sie auf der Pariser Konferenz eine Art Scharfspiel getrieben, Unmöglichkeiten und Phantastiken aufgestellt und außerdem den Versuch gemacht hätten, an Stelle des Versailler Friedensvertrages einen ganz neuen Vertrag zu setzen, ohne Deutschland auch nur zu fragen. Das Instrument des Friedensvertrages, das anderthalb Jahre lang als Meisterwerk der Entente-Staatskunst in der ganzen Welt gepriesen wurde, erweist sich als eiserne Pfuscharbeit, und soll nun möglichst rasch und geräuschlos durch ein anderes ersetzt werden, das, womöglich, ein bischen mehr aus dem verarmten und erschöpften Deutschland herauspreßt als das alte, versuchte. Die Rechnung, worauf Briand seine „Revisions“- des Versailler Vertrages aufgebaut hat, war ursprünglich — so meint Keynes — etwa diese: 2+2=12. Man sieht, Keynes nimmt die Pariser Konferenz nicht recht ernst, er nennt sie respektlos eine „Pokerspielgesellschaft“ und behauptet nur, daß die Wiederherstellung des normalen Wirtschaftslebens wieder um ein Stück hinausgeschoben ist. Nun ist es klar, sagt Keynes, daß Deutschland den festen Teil der Leistungen unmöglich anders als durch Entwicklung eines riesigen Ausfuhrhandels wird zahlen können. Denn seine Ausfuhr muß seine Einfuhr wenigstens um die Summe übersteigen, die es zahlen soll. Es wird damit so klar, daß die veränderliche Verpflichtung Deutschlands ungeheuer groß ist. Mit einer Gesamtausfuhr von 14 Milliarden Goldmark, d. h. also mit einem Ausfuhrüberschuß von 4 Milliarden Goldmark, könnte Deutschland gerade eine feste Summe von 2,23 Milliarden und eine Ausfuhrabgabe von 1,68 Milliarden zahlen, was zusammen 4 Milliarden Goldmark ergibt, das will heißen, daß ein Handel dieser Höhe schon nahezu für die Zahlung der während der ersten beiden Jahre verlangten kleinsten Rate von 2 Milliarden Goldmark zugänglich der Ausfuhrabgabe notwendig sein wird. Es ist schwer, sich Zahlen vorzustellen, die die vorgeschlagene Normalabgabe von 6 Milliarden Goldmark mit der Ausfuhrabgabe gestatteten. Aber man kann mit einiger Sicherheit sagen, daß die zwölfprozentige Abgabe von einer Ausfuhr, die einen Ubergewinn von 6 Milliarden Goldmark abzuwerfen imstande wäre, ganz gewiß den

Betrag von 2 Milliarden Goldmark übersteige. Die Vorschläge der Pariser Konferenz für die normale periodische Zahlung belaufen sich daher auf eine Forderung von mehr als 8 Milliarden Goldmark jährlich, das ist das Doppelte, der höchsten Zahl, die eingehend eine sachkundige Persönlichkeit in England oder in den Vereinigten Staaten jemals zu rechtfertigen versuchte.

Derbliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Diebstahl) In der Nacht zum 8. Februar 1921 ist in verschiedenen Teilen hiesiger Stadt mittels Nachschlüssel eingebrochen und dabei ein Herrenfahrrad und ein Vorderrad gestohlen worden. Das Herrenrad und Vorderrad konnte ohne Bereifung den Bestohlenen wieder ausgehändigt werden. Personen, welche hierzu irgendwelche Angaben machen können, werden gebeten, dies in hiesiger Polizeiwache oder der nächsten Gendarmerte-Station zu melden.

— (Diebstahl.) In die Halle der Schützen-gesellschaft auf dem Plan: des Schützenhauses R 8-nigsbrück sind Diebe eingedrungen und haben verschiedenes gestohlen. Wer irgend eine Wahrnehmung macht, die zur Ermittlung der Täter führt, wolle dies dem Vorstand der Schützengesellschaft Königsbrück melden. — In Häslich wurde eine große Wanduhr (Freischwinger) mit geschinigtem Ueberaufsatz und ein Fernglas im Gesamtwerte von 1200 M gestohlen. — In Großnaundorf stahlen Diebe drei Zuchtgänse im Werte von 600 M. Als Täter wurden von der Landgendarmerte zwei dortige Burschen ermittelt. Die Gänse hat die Mutter eines dieser Burschen in Dresden verkauft. Alle drei sehen nunmehr ihrer Strafe entgegen.

— (Erhöhte Zuteilung reinen Weizenmehls.) Das Direktorium der Reichsgetreidestelle liefert seit dem 1. November v. Js. den Kommunalverbänden auf Antrag Roggenmehl (Haushaltsmehl), das in einer Menge von 600 Gramm auf den Kopf monatlich neben der Brotkarte zur Verteilung gelangt. Auf Anordnung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft ist diese Menge mit Wirkung vom 16. Februar d. J. von 600 Gramm auf 800 Gramm erhöht worden. Der den Kommunalverbänden von der Reichsgetreidestelle berechnete Kilogrammpreis beträgt zurzeit M. 7,50, entsprechend den günstigeren Einlaufs- und Devisenpreisen; dazu treten geringfügige Zuschläge für den Kleinhandel. Das Mehl ist 75%iges reines, aus amerikanischen Körnern im Inlande hergestelltes Weizenmehl, das zum Kochen und Baden sehr geeignet ist. Zahlreiche Hausfrauen machen von dieser Gelegenheit, vortreffliches, reines Weizenmehl für einen weit geringeren Preis zu erhalten als im Schleichhandel, keinen Gebrauch, weil sie glauben, daß dieses Mehl von der

